

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns-Sonnensblatt und Anzeiger für Unterhänflingebiet. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Beilagen Postfrei oder deren Raum 15 Pfg., die Spezial-Anzeigensätze 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbepreise unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird Beilagen-Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen falls unvor-

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 42

Donnerstag, den 10. April 1930

32. Jahrg.

Sonnabend, den 12. April,

Krammarkt.

Der vorgesehene Schweinemarkt muß infolge der Viehseuchengefahr (Maut- und Klauenruhe in Belgien) ausfallen. Der Austrieb von Vieh ist verboten. Kemberg, den 8. April 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Durch die Ablehnung der Steueranträge der Reichsregierung im Steuerausschuß des Reichstages ist die Reichstagsauflösung wieder einmal in bedrohliche Nähe gerückt.

* Im Reichstag wurde in der dritten Beratung das Gesetz über die Abänderung der Reichsversammlung in Verbindung mit unbedeutenden Änderungen angenommen.

* Die Erregung über die Verfassungsfrage der Franzosen bei den Saarverhandlungen in Paris in Verbindung mit einer Kritik der Prozeduren in der Angelegenheit selbst hat dort erneut starke Erregung hervorgerufen.

* Im französischen Senat ist der frühere Ministerpräsident und Finanzminister Caillaux für eine harte Senkung der Steuern im Interesse der Allgemeinheit eingetreten.

* Im Staatenschauspiel des Preussischen Landtages, wo augenblicklich über die letzten Zustände der Stadt Berlin verhandelt wird, ist auch Oberbürgermeister Böig als Zeuge genommen worden.

Endeufung in Polen.

Eine traurige Bilanz.

In den von Deutschland infolge des Versailler Friedensvertrages an Polen abgetretenen Gebieten sind etwa 1.200.000 Deutsche. Gegenwärtig sind es nur noch 500.000. Dem Verlust von mehr als 800.000 Personen, die überwiegend nach Deutschland zurückgewandert sind, steht ein Verlust an landwirtschaftlichem Grundbesitz ordinarer Hand von etwa 500.000 Hektar zur Seite.

Die Abwanderung eines derartig beträchtlichen Bevölkerungsanteiles von reichem wirtschaftlichen und sozialen Gefüge war bisher in hochzivilisierten Ländern in solch kurzem Zeitraum nicht beobachtet worden. So erhebt sich die Frage nach den Ursachen der so schnellen und gründlichen Endeufung eines Gebietes, das in siebenhundertjähriger Geschichte zwar mannigfache Kämpfe in der deutschen Völkung, niemals aber eine derartige Krise in dem Bestande des immer beträchtlichen deutschen Anteils an der Bevölkerung aufwies.

Man glaubte darauf hinweisen zu sollen, daß eben diese nennentlich geringe Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung ein Zeichen ihres künftigen Charakters, ihrer geringen Bodenfruchtbarkeit und Verwurzelung mit dem Lande sei. Man wies auf das deutsche Beamtentum hin und glaubte die Abwanderungsbewegung damit erklärt, daß eine Bevölkerung, die so stark von der alten Regierung abhängig gewesen sei, im neuen Staat Existenzmöglichkeit und -berechtigung verloren habe.

Es läßt sich solchen Gedankengängen gegenüber nachweisen, daß es in einer Reihe von Fällen gerade Glieder von Familien jahrhundertelanger Verbundenheit mit dem Lande gewesen sind, die der Endeufung erlagen. Es kann darauf hingewiesen werden, daß nach der amtlichen Berufszählung von 1907 der deutsche Bevölkerungsanteil mit Beamtencharakter einschließlich von Angehörigen und Bediensteten etwa ein Zehntel des anfänglichen Deutschums bildete, für das gesamte Deutschum keineswegs von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch immerhin ein beträchtlicher Teil der fähigsten Bevölkerung. Dasselbe läßt sich von der angestrebten Auswirkung der preussischen Ansiedlungsstätigkeit auf die nationale Zusammenziehung der Bevölkerung sagen. Man mag die Abwanderung des größten Teiles des Beamtendeutschums mit dem Staatshohheitswechsel für notwendig erachten, was man bemerken könnte, wenn man sich etwa der Angliederung polnischer Gebiete erinnert. So findet man dem Verlust von etwa 120.000—150.000 Deutschen, nur ein Bruchteil des gesamten Endeufungsorganismus, eine ausreichende Erklärung. Einer nahezu völligen Beseitigung der deutschen Beamten fanden zudem Zuführungen der staatlichen Leiter Polens, wie sie 1919 gegeben wurden, entgegen, und es muß zweifelhaft bleiben, ob eine solche notwendig, gerecht und dem Interesse des Staates förderlich war, auch wenn man zugeben will, daß die im engsten Sinne politisch wichtigsten Beamtenstellen mit dem Staatshohheitswechsel durch Polen zu belegen waren. Eine Abwanderung politisch durch frühere Tätigkeit gegen das neue Staatsvolk belasteter Persönlichkeiten, die unter den veränderten Verhältnissen keine Lebensmöglichkeit hätten finden können, hat in namhaftem

Umfange nicht stattgefunden. Einzelne Fälle solcher Art können keinen Anlaß geben, eine besondere Gruppe von Abwandernden anzunehmen. Vielmehr wird sich die Zahl der Beamten dadurch verringern, daß eine Reihe von vornehmend mittleren und unteren Beamten aus den abgetretenen Gebieten kommen, die mit Beherrschung der neuen Staatsprache und dem vertragsmäßigen Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit keine Veranlassung haben konnten, abzuwandern. Insbesondere gilt dies von Beamten der Eisenbahn, der Post und des Gerichts. Die für das Beamtendeutschum angenommene Ziffer darf somit als eine Höchstzahl angesprochen werden.

Für die Verdrängung Deutscher gibt es nur einen zureichenden Grund: sie ist ausschließlich den politischen Entscheidungsmaßnahmen der polnischen Behörden und Parteien zur Last zu legen. Wenn diese Endeufung ihre natürliche Auswirkung des Staatshohheitswechsels weit hinter sich ließ, so ist es die Folge einer ein Jahrzehnt hindurch verolanten Zersplitterung und zöglerischen Politik Polens, die sich die völlige Bereinigung seiner Westgebiete von der deutschen Bevölkerung zur Aufgabe stellte und damit in den offenkundigen Gegensatz zu den Sicherungen und Bindungen des Versailler Friedensvertrages trat, der mit Rücksicht auf das weit über die Grenzen des politischen ethnographischen Siedlungsraumes zugewiesene Staatsgebiet dem neuen Staat die Verpflichtung gerechter und toleranter Behandlung der Minderheit auferlegte.

Niemals hätte das Deutschum der abgetretenen Gebiete einen solchen Verlust erlitten, hätte nicht der auf allen Lebensgebieten konzentriert wirkende polnische Druck, das Entzerrn der „exportierten Hausmittel“, wie ein polnischer Politiker ihn nennt, des verwaltungsähnlichen Kampfes, wie ihn ein hohes polnisches Beamtencharakterisiert, unausgesetzt auf ihm gelastet. Einwänden gegenüber, daß es sich bei dem politischen Druck auf das Deutschum lediglich um Äußerungen örtlicher Gewalthaber oder des erbitterten polnischen Volkes handelte, lassen sich die einzelnen politischen Maßnahmen zur Verdrängung des Deutschums als die planmäßigen Auswirkungen eines wohlüberlegten Systems nachweisen, das von den verantwortlichen Leitern des Staates sowohl als auch allen Parteien getragen wurde.

„Aufstieg oder Niedergang.“

Eine Rede Dr. Moldenhauers.

Magdeburg, 8. April.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sprach in Magdeburg in einer Versammlung des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt der Deutschen Volkspartei über das Thema „Aufstieg oder Niedergang.“ In seinen Ausführungen beschäftigte sich der Minister zuerst mit der Finanzreform und den in engstem Zusammenhang damit stehenden Aufgaben der Gegenwart: der Hilfe für die Landwirtschaft und dem Hilfswerk für den deutschen Osten.

Es sei unmöglich, mit ungeordneten Finanzen eine gute Außenpolitik zu führen wie es eben damit auf die Dauer nicht möglich sei, eine unabhängige Innenpolitik zu führen. Eingehend auf

die Finanzreform

eröffnete er, daß er soeben mit den Vorbereitungen für ein Ausgabenentwurf fertig geworden sei, und daß nach vor dem Ostern dieser Entwurf dem Kabinett vorgelegt werden würde. In dem Entwurf werde man an den Gemeinden nicht vorübergehen können. Seitens des Kabinetts solle der in anderen Ländern bereits verwirklichte Gedanke einer Bürgerabgabe vorgebracht werden, ebenso sei es nur billig, wenn auch die großen Städte den obersten Rechnungswesen nachprüfen ließen. Der Minister betonte nachdrücklich, daß er durchaus nicht an die Selbstverwaltung der Gemeinden rühren wolle, sie solle im Gegenteil nur weiterentwickelt werden zu einer Selbstverantwortlichkeit. — Was

die Frage der Arbeitslosenversicherung

beträfe, so wies Dr. Moldenhauer darauf hin, daß in erster Linie dafür gesorgt werden müsse, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung nicht wie bisher alle Berechnungen über den Haufen wirfen, da sonst an eine Finanzsanierung nicht zu denken sei.

Nach seiner Ansicht, die auch die des gegenwärtigen Reichsarbeitsministers Dr. Siegelwald sei, wies die Arbeitslosenversicherung viele konstruktionsfehler auf. Man müsse sie einmal genau unter die Lupe nehmen, nicht um sie abzubauen, sondern um sie auch einmal zu rationalisieren. Auch im Laufe des Sommers müßte ernstlich an diese Frage herangegangen werden. — Weiterhin ging der Minister auf

die Deutung des Fehltrages

von 300 Millionen ein, die so erfolgen müßte, daß die vorgeschlagenen Steuern keine unbedeutlichen Lebensbedürfnisse treffen. Ohne Erhöhung der Biersteuer sei eine Deutung des Fehltrages nicht denkbar. Die sonst nötig werdende

außergewöhnliche Erhöhung der Umsatzsteuer sei äußerst gefährlich. Auch die Erhöhung der Einkommensteuer lehnte der Minister ab. Er erklärte dann, er könne die Garantie dafür übernehmen, daß in den nächsten Monaten keine Kassen-schwierigkeiten mehr auftreten würden, falls ihm die neuen Steuern in Höhe von 300 Millionen Mark bewilligt würden.

Er werde keine Minute länger im Amte bleiben, wenn man ihm das Werk der Sanierung und der Entlastung unmöglich mache.

Eine Nichtbewilligung der neuen Steuern unterbinde gleichzeitig die Hilfe für die Landwirtschaft und für den Osten. Die Regierung werde an den Reichstag appellieren und sei fest entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um ihren Willen durchzusetzen, falls durch parteipolitische Voreingenommenheit keine Einigung erzielt werden könne.

Im Reichstage:

Entscheidung über die Finanzreform.

Berlin, 8. April.

Die Tagesordnung für die Reichstagsitzung, auf der zunächst nur das Schanzplattengesetz stand, ist jetzt dahin ergänzt worden,

daß auch die erste Beratung der Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der Finanzreform und zur Übergangsregelung des Finanzsystems erledigt werden sollen.

Der Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform ist dem Reichstag bereits zugangig. Entsprechend den Bestimmungen des Finanzministers ist die Vorlage in der ursprünglichen Fassung gehalten, sieht also bei der Arbeitslosenversicherung auch eine Beitragserhöhung bis zu vier Prozent vor. Das Kompromiß der letzten Regierungspartei monoch eine Beitragserhöhung zunächst nicht statt-finden soll, muß erst durch Anträge in die Vorlage aufgenommen werden. Ferner enthält die Vorlage die Bestimmungen über die Steuerentlastungen und Ausgaben-entparnisse.

Keine Mehrheit im Steuerausschuß.

Die Regierungsanträge abgelehnt.

Berlin, 9. April.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde die Novelle zur Tabaksteuer in der Gesamtabstimmung abgelehnt, da nur die Regierungsparteien dafür eintraten. In der vorangegangenen Einzelberatung war der deutsch-nationale Antrag, die Verbrauchsabgabe für die Tabaksteuererläge auf 1 Prozent nur auf 0,5 Prozent zu bemessen, angenommen worden. Die Novelle zur Zuckersteuer wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit der Wiedereinführung der Mineralwassersteuer, deren Ertrag den Gemeinden zuzuführen soll.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bezeichnete die

Belorgnisse als weit übertrieben. Der geringe Steuerertrag werde niemanden hindern, Mineralwasser zu genießen, für die Gemeinden bedeute die Zumeilung aus dieser Steuer aber eine dringend notwendige Erleichterung. Schon jetzt sei durch die Ausschußbeschlüsse zur Tabaksteuer und auf Freilassung des Restrolleums ein Ausfall von 27 Millionen an dem ursprünglich errechneten Gesamt-ertrag entfallen. Deshalb könne auf die Mineralwassersteuer nicht verzichtet werden.

Nach längerer Aussprache wurde die Mineralwassersteuer vom Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann gab

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

den angekündigten Überblick über die Kassenlage des Reiches. Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März errechneten Fehltrag von 220 Millionen Deckungsmittel in Höhe von 267 Millionen gegenüberstünden, so daß Ende März noch ein verfügbarer Bestand bei dem Betriebssticht von 45 Millionen vorhanden war. Nach Neuauftellung wurde Ende Dezember ein Fehltrag von rund 70 Millionen vorhanden sein.

Der Schwerpunkt der Bilanz liege im Monat Mai, in dem ein Fehltrag von 228 Millionen eintrete, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus dem April vorhanden sein würden.

Der Minister betonte zum Schluß, daß die Bilanz unter der Annahme aufgestellt sei, daß die Einnahmen aus den neuen Steuererlägen spätestens Anfang Mai zu fließen beginnen, und zwar auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Die Beilegung des Streits Reichs-Thüringen

Berlin, 9. April

Die thüringische Regierung hat in dem Wunsch, daß der Streit zwischen dem Reich und Thüringen beigelegt werde, sich mit dem Reichstagskanzler und dem Reichsminister des Innern in Verbindung gesetzt. Der Vorigen des thüringischen Staatsministers, Staatsminister B a u m, wird in den nächsten Tagen persönlich die Aussprache mit dem Reichsminister des Innern beginnen.

Schieles Agrarprogramm.

Die Vorschläge an das Reichstblatt.

— Berlin, 9. April.

Die Reichsregierung hat sich mit dem Agrarprogramm beschäftigt, das der neue Ernährungsminister Schiele dem Kabinett vorgelegt hat. Er hat die Jahresbudgetsitzung für Weizen und Roggen mit den Sägen von 260 bzw. 230 beibehalten. Schieles Vorschläge weichen aber infolgedessen von der letzten Zollregelung vom März dieses Jahres ab, indem er für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen eine Zollmacht haben will, die Höhe beliebig herauf- und heruntersetzen, wenn dies die Entwicklung der Wirtschaftslage notwendig erscheinen läßt. Schon die bisherige Zollpolitik hat hinsichtlich ihrer variablen Gestaltung große Gefahren für das Vermögen der mit sich gebracht. Der neue Zollvorsatz liegt die Zeit von drei Monaten, nach deren Ablauf der Zoll auf die Notwendigkeit einer Änderung geprüft werden soll, nicht nur bei Weizen, sondern namentlich auch für Roggen vor, hingegen soll die Veränderlichkeit für Gerste, Hafer und Erbsen in das Gebiet des Reichsernährungsministeriums gestellt werden.

Eine nicht ganz unbedenkliche Angelegenheit bildet die Forderung, die Einfuhrzölle über den bisherigen Rahmen auszubehalten. Sie sollen nicht nur für Rindfleisch und Schweinefleisch, Schafe und Schaffleisch, sondern Erzeugnisse aus der Kartoffel in Anpruch genommen werden, sondern es soll auch künftig keine Wertbegrenzung für Einfuhrzölle im Gesetz festgelegt werden. Hier ist zu befürchten, daß diese Maßnahmen größte Verdrängungen im Ausland hervorrufen und Gegenanlagen veranlassen werden.

Weiter fordert der Reichsernährungsminister, den Verbrauchszwang einzuführen. Die Regierung Müller hatte von Sachverständigen prüfen lassen, inwieweit ein Verbrauchszwang von Hoggemein zu Weizenmehl geeignet ist den Roggenverbrauch zu vermindern und auf diesem Wege zur Verbesserung der Roggenpreise zu gelangen. Die interessierten Kreise haben die größte Befürchtung aus den verschiedenen Erwägungen geltend gemacht, so daß bei einer rein theoretischen Erörterung im Reichstag jeder Gedanke nicht von einer einzigen Partei für gangbar erklärt wurde. Der frühere Reichsernährungsminister Tardieu hat auch die Einführung des Verbrauchszwanges ausgeprochen und sich auf die Einführung eines Brotgesetzes verweist, das von der Regierung ausgeht, daß Roggenmehl wegen seiner besseren Bekanntheit und höheren Schmackhaftigkeit schon von selbst bevorzugt werden würde, wenn es in guter Zusammenlegung und fehlerfreierem Backzutaten den Verbrauchern angeboten werden würde. Soll künftig der Verbrauchszwang Gesetz werden, und noch dazu ohne Fixierung eines festen Verbrauchszwanges, so wird mit den un-erwartlichen Erscheinungen aus der Zeit der Zwangswirtschaft gerechnet werden müssen.

Aus dem übrigen Bußteil der Zollserhöhungen seien noch u. a. genannt Speck, Schmalz, Palmöl, Talg, Eier, Milch, Graupen, Oris, Stärke, Sago. Neu ist auch infolgedessen die Forderung des Reichsernährungsministers, die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch vom 1. Juli dieses Jahres ab einzuführen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Kabinett in seiner Mehrheit diese Zollserhöhungen als notwendig erachtet. Es wird ebenfalls Aufgabe des Kabinetts sein, die Forderungen des Landwirts in politischer Hinsicht auf ein für die Verbraucherschaft, Handel und Wirtschaft erträgliches Maß zurückzuführen.

Berlin zu Tardieus Rede.

Die amtliche Auffassung.

— Berlin, 8. April.

In Berliner amtlichen Kreisen ist man nicht geneigt, den auffehrenden Äußerungen Tardieus hinsichtlich der deutschen Abfertigung und der Räumungsfragen besondere Bedeutung beizumessen. Eine telefonische Nachfrage bei der zuständigen deutschen Stelle in Paris habe ergeben, daß die Äußerungen Tardieus

in der Folge der Aussprache

unterdrückte Fragen verschiedener Senatsmitglieder gefallen seien. Aus dem Verlauf der Aussprache in der Kammer habe man jedenfalls nicht den Eindruck gewinnen können, als ob eine neue Entlohnungssatzung gegen Deutschland geplant sei.

Tardieu habe die Bezeichnung der Arbeiten bei der Schleifung von Festungsanlagen und Beilegung von Verdrägen gefördert und mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen eine entsprechende Note an die Reichsregierung abgehen werde. Von einer derartigen Note ist an amtlicher Stelle in Berlin vorläufig noch nichts bekannt.

Frankreich und die Räumungsfrage.

— Paris, 8. April.

In einem am 6. April in höherer Stelle inspirierter Artikel gibt das „Journal“ einen Überblick über die Frage der Antragslegung des Youngplans und der damit verbundenen Rheinlanddrängung. Das Blatt schreibt u. a., nach dem auf der ersten Haager Konferenz getroffenen Abkommen sei die Rheinlanddrängung der Antragslegung des Youngplans untergeordnet.

Sie müßte in einem Zeitraum von neun Monaten vor sich gehen, der auf keinen Fall den 30. Juni 1930 überschreiten dürfe. Diese Forderung, so fügt das Blatt hinzu, ist sicherlich zweifelhaft, denn auf der einen Seite habe es als Ausgangspunkt ein Ereignis, dessen Datum ungewiß sei, während sie auf der anderen Seite einen festen Termin habe.

Tardieu habe jedoch erklärt, daß dieser Umstand nicht gegen Frankreich ausgenutzt werden könne. Wenn Tardieu erklärt habe, daß die Rheinlanddrängung nicht vor Antragslegung des Youngplans erledigt werden könne, so hätte er dies um so mehr tun können, als er sicher sei, daß der Plan vor dem 30. Juni in Kraft trete.

Jedenfalls stehe schon jetzt fest, daß alle noch zu behandelnden Fragen im Laufe des Monats Mai vollkommen in Ordnung gingen. Die Rheinlanddrängung werde also am 30. Juni beendet sein, wenn nicht unvorhergesehene Umstände dazwischenkämen, die diese Räumung verzögerten.

Die Schleifung deutscher Festungswerke.

Zu dem Teil der Senatsrede Tardieus, der die Schleifung von deutschen Festungsanlagen betrifft, wird von der hiesigen Stelle mitgeteilt, daß es sich in der Hauptsache um folgende Punkte handele:

1. Um gewisse kleinere Festungsanlagen bei Kehl, deren Zerstörung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde
2. um Katernellen in der Nähe von Mainz, die in einem Zeitraum von etwa drei Monaten niederzulegen seien,
3. um vier Munitionsdepots, von denen ein Teil nach der noch nicht erfolgten Freigabe zerstört werden müßte bei einem anderen Teil dieser Munitionsdepots soll von deutscher Seite verlangt werden, sie müssten zunächst zu zerstören
4. die seinerzeit bereits aufgeworfene Frage der Umbauarbeiten des Flugplatzes bei Griesheim. Betreffend die Flugplatzanlagen erboten Zwecken dienlich zu machen

Was die Darlegungen Tardieus zur Frage der Räumungsfrist angeht, so wird an zuständiger Stelle in Berlin darauf hingewiesen, daß an dem Ende des 1. Juli unter keinen Umständen zu erfüllen sei und daß aus dem in Berlin vorliegenden amtlichen Wortlaut eine französische Absicht, an diesen Vereinbarungen nicht festzuhalten, nicht hervorzuhehen.

Neue Taktik im Saargebiet.

Die Pariser Verhandlungen stocken wieder

— Saarbrücken, 9. April.

Mit den Saarverhandlungen in Paris ist es eine eigene Sache. Sie sind wieder einmal ins Stocken geraten. Bekanntlich hatte der Entwurf der Pariser Sitzung von der Unterzeichnung einer neuen Zusatzkonvention vorläufig Abstand genommen. Ueber die Gründe dieser neuen Stodung wird aus Paris gemeldet, daß die französischen Partner auf die praktische Erörterung des deutschen Standpunktes noch immer nicht eingehen.

Offenbar sind sie sich selbst noch nicht einig darüber, welche Taktik sie anzuwenden haben. Sicherlich wird man auf deutscher Seite den geeigneten Augenblick nicht ungenutzt lassen, um die unbedingt notwendige Klärung der Lage durch einen entsprechenden Schritt zu unternehmen.

Auch im Saargebiet selbst lassen die Franzosen von irgendeiner Verhandlungsbereitschaft noch nicht merken, im Gegenteil, es liegen Anzeichen dafür vor, daß auf den verschiedenen Gebieten eine neue Taktik der Provokation eingeleitet zu sein scheint.

Sie wollen kein Festungsglas sein.

Erschütterter Widerstand gegen die Festungsarbeiten.

— Straßburg, 9. April.

Der Bau des festungsgläserigen Festungsgürtels an der neuen Obergrenze gibt fast allseitig Anlaß zu

Streitigkeiten mit der betroffenen Bevölkerung in Elsaß-Lothringen.

Der neueste Fall betrifft den uralten Hagenauer Forst, auch bei den Festungsbauten gezogen werden sollen. Das Pariser Kriegsministerium hatte an die Stadt Hagenau das Erlaubnis erteilt, Gelände abzutreten zur Anlage von Unterkünften und zu Abholungen in deren Umgebung. Der Gemeinderat der Stadt Hagenau hat auf Grund der Ausschussvorlage einstimmig beschlossen, die Abtretung des angebotenen Geländes zu verweigern. Es ist allerdings nicht zweifelhaft, daß der französische Staat über diesen Beschluß einer erfülligen Gemeinde hinwegsehen wird, doch ist die Einflüsterung der Gemeinderatsmitglieder ein neues Zeichen für die grundsätzliche Ablehnung, die in Elsaß-Lothringen gegenüber dem Bau des neuen Festungsgürtels besteht.

Caillaux verlangt Steuererleichterungen.

Die Entwicklung der französischen Staatsfinanzen.

— Paris, 9. April.

In der Senatsitzung, in der die Beratung des Finanzgesetzes aufgenommen wurde, ergriß der frühere Ministerpräsident und Finanzminister Caillaux das Wort, um die Entwicklung der französischen Staatsfinanzen nach dem Kriege zu beleuchten. Die französische Staatsschuld sei von 33 Milliarden vor dem Kriege auf 143 Milliarden im Jahre 1919 und 277 Milliarden im Jahre 1924 angewachsen.

Frankreich habe für Rechnung Deutschlands unter ungleichen Bedingungen Anleihen aufnehmen müssen. Zeichen der tatsächlichen und der rechtlichen Stabilisierung sei Frankreich zu einem Kollaps-Fisch geworden. Die Bank von Frankreich habe große ausländische Kapitalien aufnehmen müssen, und heute nähere sie die ausländische Industrie mit den Mitteln der französischen Steuerzahler. Als Abhilfe empfiehlt Caillaux vor allem Steuererleichterungen sowie die Eröffnung der Spekulation.

Gegen Schleppeidienste für Frankreich.

Unterhausanfragen wegen der Flottenkonferenz.

— London, 8. April.

Die Verhandlungen der Flottenkonferenz haben sich nun zu jener ersten innerpolitischen Frage für England ausgedehnt. Von konservativer Seite sind eine große Anzahl von Anfragen an Macdonald im Unterhaus beschäftigt, die Klarheit darüber verlangen sollen, ob im Verlauf der Besprechungen mit der französischen Abordnung neue politische Bindungen eingegangen wurden.

Dowoh derartige Bindungen nicht etwa nur von den konservativen, sondern auch von den liberalen Mitgliedern abgelehnt werden, befürchtete ein Teil der Konservativen, daß dieser parlamentarische Vorstoß zu einer für die Partei sehr nachteiligen innerpolitischen Konstellation führen könnte.

Eine Abstimmungsüberlage der Regierung auf Grund eines konservativen Antrages würde für Macdonald einen Mißtrauensvotum gleichkommen.

Gegen diese angeblich innerpolitische Ausnutzung der Flottenkonferenz wendet sich bereits die französischfreundliche „Daily Mail“ in einem Beiratsartikel mit der Feststellung, daß es für die Partei gefährlich sein könnte, außenpolitische Fragen als Wahlmanöver auszunutzen. Gleichzeitig wird Macdonald beiseitegedrängt, daß er in den schwerigen Verhandlungen sehr viel getrieben werden könnte, und daß er nicht nur als Parteimitglied, sondern auch als Vertreter der Nation handelte und für einen etwaigen Mißerfolg der Bemühungen um einen Fünfjahresvertrag sicherlich nicht verantwortlich zu machen sei.

Im „Daily Telegraph“ findet die andere konservative Richtung mit demselben Nachdruck Unterstützung. Es wird dringend vor der Gefahr gewarnt, daß Macdonald und Henderson in dem Wunsche, den Fünfjahresvertrag zu retten, in gefährlicher Weise in das französische Fahrwasser hineingezogen werden könnten.

Entschädigung an die Erben Carnarons.

London, 9. April. Der Finanzminister der ägyptischen Regierung hat im ägyptischen Parlament einen Vorstoß eingebracht, der die Zahlung von 680 000 Pfund an die Erben von Lord Carnarvon als Entschädigung für die Ausgaben bei den Ausgrabungen des Tutanchamons-Grabmals vorläßt. Der Vorstoß wurde dem Finanz Ausschuss des Parlaments zur Entscheidung übergeben. Lord Carnarvon, der am 5. April 1923 starb, hatte die Ausgrabungen finanziert, die im November 1922 zur Entdeckung des Tutanchamons-Grabes durch Howard Carter führten.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

8. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Was? Das märe!“ Morland richtete sich erschrocken auf. Dann lachte er: „Ach nee, sie ist Paters Tochter, eine gute Position in der Welt ist alles. Und Ethel wird wissen, was sie will.“ Damit erhob er sich. „Mebrigens, Herr von Echingen bringt einen Freund mit, von Caldern, Bildhauer, wenn ich nicht irre. Soll ein tüchtiger Kerl sein. Ah, mir sind Künstler immer angenehm. Nun will ich gehen, liebe Alice, deine Gesellschaft ist mir ein wenig zu viel.“ Seine breite Gestalt verschwand in der Tür.

Frau Morland aber fahelte fill die Hände. „Lieber Gott, laß mein Kind glücklich werden als ich es war. Es ist ja so schwer, einen Menschen, den man liebt, an einen anderen Menschen zu verlieren, viel schwerer, als wenn der Tod einem das Liebste entriß.“

Unten in dem prachtvollen Empfangsalon begrüßte Morland seine Gäste. Ethel vertrat die Herrin des Hauses mit allerliebster Würde. Ganz reizend verlegen aber ward das Fräulein Sportig, als eine hohe Wämmergestalt vor sie stand. „Mein gnädigstes Fräulein, meinen untertänigen Glückwunsch zum heutigen Tage.“ Er küßte ihr die Hand und überreichte ihr einen Strauß hübschblauer Rosen.

Sie glühte von einem heißen Ohr zum andern, als sie den Stumpfnäsen in den Strahlen verwehte. Dann schlüßte sie ihm die Hand. „Vielen Dank.“

Echingen wandte sich zur Seite. „Sie, Miß Morland, wenn Sie gut ist, hier ist doch einer, der einen Glückwunsch und ein Sprüchlein auftragen möchte. Mein Freund Caldern, wenn Sie sich guttut an ihn erinnern.“ Ethel schaute fröhlich in die dunklen, intelligenten Augen des Bildhauers. Dann richtete sie auch ihm die Hand, die er mit tiefer Verehrung küßte. Nun näherten sich noch andere

Gruppen, und schließlich sah Frau Morland in ihrem weichen Gesell, so daß sich nach und nach ein dichter Kreis um sie scharte.

Als Gipfel der Festlichkeit war das Auftreten einer gefeierten Primadonna anzusehen. Welche Unformen Morland ihr geboten, ihr Ergehen in seinem Hause zu erweisen, das wußte nur er.

Maria Sorta, eine Spanierin von Geburt, war von einer begabten Schönheut! Man hätte sie wohl nicht leicht für eine Spanierin gehalten. Rotblondes Haar umgab ein schönes ovales Gesicht, die großen goldbraunen Augen schimmerten in seltsamer Glanze. Die Gestalt war voll, doch ebenmäßig schlank.

„Im Moment war die Sorta von einem Schwarm Menschen umgeben. Mit dem inneren gleich lebenswichtigen Lachen war sie freundlich, zugleich zurückhaltend gegen jedermann. Rühlich blieben die schönen Augen an Echingen haften. Man sah das leichte Interesse der gefeierten Sängerin und beifelte sich, den großen schlanthen Deutschen ihr vorzustellen. Sie wechselten einige Worte.

„Ich liebe Deutschland“, sagte die Sorta, „ich habe eine Zeit dort studiert bei einem berühmten deutschen Gesangsmeister.“ Er lagte ihr einige artige Worte.

Dann kam der Augenblick, wo Morland die Künstlerin zum Hügel führte.

Eine erwartungsvolle Stille trat ein. Ein älterer Künstler mit guttem Namen sah an Hügel. „Wunderbar“, erludete er seine Töne. Dann schloß die Frauenstimme ein. „Es war tollkühn geworden.“ Maria Sorta sang so herrlich, wie Echingen noch niemals eine Frauenstimme singen gehört. Bald schluchzend, bald jubelnd, in den höchsten Tönen, der Nachtigall gleich, so sang die schöne Frau.

Als die Künstlerin gened, brach ein rasender Beifallsturm los. Selbst die Müßigkeit auf die Hausfrau fiel vor dieser göttlichen Kunst.

„Aber auch Frau Morland sah weitentzündet im Gesell. Sie tänen immer noch die wunderbaren Töne im Ohr, als diese schon längst verklungen. Sie hatte Tränen in den dunklen Augen. „Aberum habe ich mich vor der Welt vergaben? Wie oft hätte ich solches Singen meine Leiden vergessen lassen.“ Sie dankte der Künstlerin mit warmen Worten.

„Es ist mir eine große Freude, Ihnen einen Gesang verschafft zu haben, Miß Frau Morland.“ lagte Maria Sorta ernst und ruhig.

Beid verlangte Frau Morland nach Ruhe. Kurz vor Beginn der Festheit wurde sie wieder in ihr Zimmer gebracht. Sichtlich hatte sie sich verabschiedet und gebeten, ja recht fröhlich zu sein am Namenstage ihres Kindes.

„Bald ging es denn auch fröhlich und laut an der mit allen Delikatessen besetzten Tafel zu.“ Maria Sorta saß neben Morland, nicht weit davon schätz gegenüber Echingen und Caldern. Diesen gegenüber Ethel und Bridgetroote. Die weißblauen Augen des Engländers gingen gelangweilt umher. Er saß nur wenig und unterließ sich nur, wenn er angeprochen wurde.

„Herrliche Caldern dem Freunde zu“, ließ dir das an. „Sieß dir das doch an, so ich dir. Ich möchte dem Kerl diesen Tafelauflass auf den Kopf werfen. Nur damit er mal aus seiner eigenen feineren Ruhe aufgeschüttet wird.“

„Das würde dir nicht viel helfen, mein Lieber“, sagte Karl Heinz. „Der Engländer würde dich mißbilligend ansehen und die Drangen und Trauben abhütteln.“

„Nee, du, bogen würde dir, und dann wäre ich vor Ethel unerbittlich bliamert. Denn ich müßte mich wehelen den Magen bombardieren lassen.“

Wichtig gab es Caldern einen Ruck. Ethels klare Stimme riefte, er sah Fragen an ihn. Caldern war selig. Er zwinkte Karl Heinz vernünftig.

(Fortsetzung folgt.)

Mus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 7. April 1930

Die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten für Ostern ist so erweitert, daß eine Dierreise am Gründonnerstag bis Dierdienstag ausgedehnt werden kann. Die Einfahrt mit Sonntagsrückfahrkarten kann am Gründonnerstag von 12 Uhr ab, sowie an den Tagen von Karfreitag bis Diermontag angetreten werden. Die Rückfahrt kann am Karfreitag stattfinden, am Osteronabend nur bis 9 Uhr, am Osteronntag und Diermontag jederzeit, am Dierdienstag bis 9 Uhr. Außerdem können an den Tagen, an denen die Rückfahrt bis 9 Uhr morgens angetreten sein muß, also am Osteronabend und Dierdienstag alle Züge zur Rückfahrt auch nach 9 Uhr benutzt werden, welche die Zielstation, die auf der Sonntagsrückfahrkarte angegeben ist, bis 9 Uhr morgens verlassen, wenn die Rückfahrt von Zwischenstationen aus angetreten wird.

Die **Wiedereröffnung** vor der Handwerkskammer Groß-Berlin bestand am 4. April der Bäcker und Konditor Walter Heinrich, Sohn der Frau S. Heinrich, Weinbergstraße, mit gutem Erfolg.

Kreistag. Am Sonnabend tagte im Kreisshaus zu Wittenberg der Kreistag, um den neuen Haushaltsplan zur Verabschiedung zu bringen. Nach langer Beratung und verschiedenen Vorschlägen einzelner Köpfe konnte der Etat, der nimmere in Einnahme und Ausgabe mit 1 273 200 Reichsmark abschließt, durch beraten werden. Folgende Steuerzuschläge kommen in Frage: 27% auf die Steuererwerbsteuern zu den Kreissteuereinkommensteuern und 37% auf die Realsteuern. Im Jahre 1929 betrug die Zuschläge 25 und 33%, so daß also eine Erhöhung von 2 Prozent vorlag. Die Anträge der kommunalpolitischen und sozialdemokratischen Fraktionen betreffend Aufnahme größerer Sozialleistungen für die Gemeinden zu einem vorläufigen Zinsfuß, der den Ausbau von Wegen und Chauffen zu Verfügung gestellt werden sollten, fielen trotz hundertlanger Debattenszenen unter dem Tisch, da eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Gegen die Anträge, die den Kreis auf die Jahre hinaus belastet hätten, und da sie vermutlich bei anhaltender Arbeitslosigkeit alljährlich wieder eingebracht worden wären, sprach sich der Ordnungsbund aus, der eine hierdurch unabschließende Zerrüttung der Kreisfinanzen nicht mitmachen wollte. Ein Vermittlungsantrag des Landrats, den sich der Ordnungsbund zu eigen gemacht hatte, scheiterte trotz aller Versuche, die Lücke für den Voranschlag zu gewinnen, ebenfalls. Dasselbe negative Resultat hatte einen Antrag auf Zurverfügungstellung eines größeren Betrages zum Bau von Wohnungen. Die zweieinhalbstündige Debatte über diese Anträge verlief in überreicher Weise ergebnislos. Als die Generalabstimmung über den Gesamtat erfolgte, lehnte die SPD, den Haushalt ab, da der Kreistag angeblich für die werktätigen Massen nichts übrig habe. Die SPD lehnte damit auch die Forderungserhöhungen ab, die kurz vorher mit ihren eigenen Stimmen ihrem selbst eingebrachten Antrag gemäß beschlossen worden waren.

Interessante Frauenvorträge mit Ausstellung und Vorführung des Talpala-Systems am lebenden Modell finden morgen Donnerstag im Hotel Wauer Hecht bei freiem Eintritt um 1/4 und 1/8 Uhr statt. In anderen Städten hat diese Veranstaltung begeisterte Aufnahme und reichen Beifall gefunden. Besonders lebenden Damen aber auch gelunden, die mit ihrer Figur nicht zufrieden sind, ist der Besuch sehr zu empfehlen. In unserer leichtlebigen Zeit sind ernste Worte und Unterweisungen oft vonnöten. Näheres im heutigen Anzeigenteil.

Gabig, 9. April. Ein ergebender Gemeindevater, der sich einen guten Besuches erfreute, fand am gestrigen Abend im Vereinszimmer des Herrn Nitzsche hier selbst statt. Im Mittelpunkt beselben stand der fesselnde Vortrag des Pfarrers Luge vom Paul Gerhard-Stift in Wittenberg, der auf Grund von 19jähriger pfarramtlicher Tätigkeit in Steiermark in anschaulicher Weise sprach über das Thema: „Auf Wappstein für das Deutschtum und Evangelium in Steiermark“ — der Heimat Vater Hoflegers. Greifend war es zu hören von den Leiden, welche über die Bewohner des schönen Steiermark um ihres Deutschtums und — hauptsächlich zur Zeit der Gegenreformation — um ihres Evangeliums willen gekommen sind, wie sie aber trotz schwerer Verfolgungen treu am Deutschtum und vor allem am Evangelium festgehalten und zur Zeit der Unterdrückung einmüht in kleinen Zusammenkünften ihre evangelischen Gottesdienste und Andachten abgehalten haben. Viele Tereue zum Evangelium, in der sie vorbildlich sind für die Reichsdeutschen, ionderlich im Mutterland der Reformation, hat dazu geführt, daß Ende vorigen Jahrhunderts eine Los-von-Rom-Bewegung dort einsetzte, die einen großen Umschwung mit der Hinwendung zum Evangelium mit sich brachte. Im zweiten Teile seines Vortrages erfreute uns der Redner durch eine Fülle anschaulicher und schöner Lichtbilder aus dem landtäglich so schönen Steiermark mit seinen imposanten Gebirgs- und Schneelandschaften, aber auch mit lieblichen Tälern und Seen, die den zahlreichen Zuhauern Freude bereiteten. Von besonderem Interesse waren aber unter diesen Bildern nicht weniger diejenigen, auf denen die Städte Wien, Warburg an der Drau und Graz mit ihren mancherlei Sehenswürdigkeiten dem Auge des Besuchers sich darboten. Sehenswert waren nicht zuletzt die Bilder mit den verschiedenen evangelischen Kirchen, deren Bau evangelischer Opfersinn und evangelische Begeisterung dort in Steiermark und hier in der Heimat durch die Hilfe des Gutsau-Boots-Vereins herbeigeführt hatte. Umrahmt war der Vortrag durch Ansprachen des Ortsgeistlichen, in denen auf die Bedeutung des Vortrages hingewiesen wurde. Er fand seinen erhebenden Ausklang in dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Ach bleib mit deiner Gnade“.

Gräfenhainichen. Die Stadt Gräfenhainichen befindet sich befanntlich in einer außerordentlich großen Geldnot, da als Folge eines großartigen Wasserleitungsbaus die Finanzen völlig durcheinander kamen, so daß, wie fernerzeit gemeldet, auf Antrag der Mehrheit der Stadtratsmitglieder der Konturs vorgesehn und ein Verfahren gegen den Bürgermeister Meyer beschlossen wurde. Die Auswirkung dieser schlechten Finanzlage macht sich jetzt natürlich in der Wohlfahrtsfrage bemerkbar. Die hainichen Beamten Gräfenhainichens haben jetzt ein Beispiel sozialer Hilfe gegeben. In einer Bekanntmachung erklären sie, daß sie gewillt sind, monatlich einen Teil ihres Gehaltes als Gehilfen zugunsten der Erwerbslosen zu geben. Sie wollen dieses Notopfer solange fortsetzen, bis die Vormerkigkeit, Sonderunterstützungen zu genähern, nicht mehr vorhanden ist.

Deffau. Der Deffauer Hauptbahnhof ist zum 1. Mai neu verpachtet worden. Die Nachfrage nach dieser Gaststätte war sehr groß, und die Reflektanten mußten stark gefehlt werden. Die Bewirtschaftung hatte der bisherige Geschäftsführer des bekannten Café Feltsche in Leipzig, Seidel, übernommen. Die Bahnhofsverwaltung wird gänzlich erneuert und umgebaut werden, um mehr Platz zu gewinnen. Ein tragisches Unheil wollte es, daß der bisherige langjährige Bäcker, Uhlmann, soben an einem langwierigen Leiden gestorben ist.

Liebenwerda. (12000 Mark Ueberzins) aus kreis-eigenem Obft.) Im Anschluß an einen Vortrag über die Obstbaumpflege machte Landrat Köhlig interessante Mitteilungen über die Erträge, die die Kreisverwaltung mit dem Anbau von guten Obstsorten an den Kreisstraßen gemacht hat. Dadurch, daß man nur bei wirklich guten Bodenverhältnissen Obstbäume anpflanzte, daß man ferner nur gute marktgängige Sorten bezog, und daß man dem Baumbehalten eine dauernde sorgfältige Pflege zuteil werden ließ, seien recht befriedigende Ergebnisse erzielt worden. Der reine Ueberzins habe im letzten Jahr für den Kreis Liebenwerda 12000 Mark betragen und man rechne damit, die Ergebnisse erheblich günstiger gestalten zu können.

Halle Gifford eines Kinderchändlers. Im benachbarten Untergang kam die noch schulpflichtige Tochter eines Landwirts in andere Umstände. Nachforschungen nach dem Vater führten zur Vernehmung des 69 Jahre alten Straßenmeisters a. D. Berthold. Ehe die Sache an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden konnte, nahm Berthold Gift. Man fand ihn schwer krank im Straßengaben. Wenige Stunden danach starb er. Er hatte seit zwei Jahren zu dem Mädchen in Beziehungen gestanden.

Abort i. B. Schwinder arbeitet mit Sargbestellungen. Bei einem Tischlermeister in Abort erschien ein Fremder, bestellte einen Sarg für 400 Mark und war bereit, die Hälfte des Betrages als Anzahlung zu leisten. Der Fremde tat sehr erkrankt, da er seine Brief-tasche nicht bei sich hatte. Die sieg in seiner Wille, Spion in das Gfster. Nun durfte der Tischlermeister seinen Lehrlingen nach Ester schicken, um die Brieftasche zu holen. Der arme Junge fand natürlich nicht die Wille, Spion, noch viel weniger die Brieftasche. Solange der Junge mit dem Geld nicht zurück war, konnte der seine Herr natürlich nicht ohne jede Barmittel sein. Der Tischlermeister durfte also dem guten Kunden 400 Mark leihen, mit denen er auf Nummerwiedersehen verschwand.

Kalbe. Lebendig verbrannt. Der Arbeiter Bloch aus Brumbö erlitt an einem amerikanischen Drehofen schwere Verbrennungen. Die Sachen gingen Feuer. Er lag sofort unter die Wasserleitung, wodurch aus der Brand der Kleider gelöscht wurde. Die Verbrennungen waren aber so schwer, daß er verstarb.

Deffisch. Der Todeschuss aus der Schrotflinte der Landwirt Bener aus Köpchen ist auf mytlerische Weise ins Leben gekommen. Er war in der Frühe mit seiner Schrotflinte auf die Felder gegangen, um wildernde Hagen zu schießen. Beim Ueberbringen eines Grabens soll ein Schuß losgegangen sein, der Bener ins Herz drang und seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange.

Schleis. Die Eröffnung der elektrischen Kleinbahn nach Saalburg. Die Eröffnung der Zellstrecke der elektrischen Kleinbahn Schleis-Saalburg ist nimmere für Ende Mai vorgesehn, nachdem der ursprünglich vorgesehene Termin des 1. bzw. 15. April nicht eingehalten werden konnte. Der Fahrplanvertrieb läuft täglich nur drei Paare vor.

Niedendorf. Wenn Kinder experimentieren. Ein 14jähriger Junge verlor sich in Gegenwart mehrerer kleinerer Kinder eine Flasche mit Karbid und Wasser und ließ sich davon, um die Wirkung der Explosion zu beobachten. Durch die herumschlagenden Glasplitter trugen die umstehenden Kinder erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Hals davon, jedoch ärztliche Hilfe notwendig wurde. Der Uebelthäter hatte sich nach dem Vorfall aus dem Staube gemacht.

Röblich. Leichtsinniger Kassierer. In der letzten Gemeinderatsversammlung wurde eine von allen Parteien gemeinsam aufgestellte Erklärung abgegeben, nach der der dortige Kassierer der Girokasse durch sein eigenmächtiges Verhalten der Gemeinde einen Schaden von fünfzigtausend Mark zugefügt hat. Der Kassierer hatte, ohne dazu befugt zu sein, ohne jede Deckung Kredite auszugeben, die sich nimmere als uneinbringlich erwiesen haben.

Leipzig. Aus bisher noch nicht gekläarter Ursache brach gestern vormittag im Dachstuhl des der Kühlstranft 179 gelegenden Kühlhäuses an der Vagelhofstraße auf dem Gelände der Ueberabfertigung des Leipziger Hauptbahnhofs gegen 9 Uhr ein Großfeuer aus, das in dem kurz-malige Mahnung fand. Dem Uebergreifen des Feuers nach den unten Stockwerken leiteteten die massiven Steinwände starken Widerstand, jedoch der Schaden hier nicht allzu bedeutend ist. Die Flammen und die starke Rauchentwicklung waren bis weit ins Innere der Stadt hinein sichtbar.

Die Befämpfung des Feuers, die von drei Löschzügen der Leipziger Feuerwehr vorgenommen wurde, gestaltete sich außerordentlich schwierig, da das Feuer nur von außen her über die mechanischen Leitern angegriffen werden konnte und auch der starke herfschende Wind sich als sehr gefährlich erwies. Trotdem gelang es der Wehr, nach mehr als 1 1/2 Stunden Arbeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Drei Feuerwehrlente wurden durch Stieghaken am Gesicht und Händen ziemlich schwer verletzt und mühten ins Krankenhaus geschafft werden.

Nur der Dachstuhl ist ausgebrannt. Immerhin ist der Gebäudeabstand ziemlich beträchtlich und wird auf mehrere hunderttausend Mark geladelt, während der Wertschaden gering ist. Die Brandursache konnte noch nicht hinreichend festgestellt werden, anzuweihen thaltet jedoch vorläufige Brandstiftung aus.

Der neue Leiter der Leipziger Oberpostdirektion Berlin, 9. April. Mit Wirkung v. 1. Juli 1930 as werden hier Oberpostdirektionen neue Präsidenten erhalten. Der bisherige Ministerialrat im Reichspostministerium Berge übernimmt die Leitung der Oberpostdirektion Leipzig.

Leipzig. Ende des Fregeffits. Das Fregeffit, das als Füllorganeallt betrieben wurde, und in letzter Zeit durch wiederholte Renolen der Zöglinge von sich reden gemacht hat, hat am 31. März seine Tore geschlossen, weil seine Mittel vorhanden waren. Die Zöglinge wurden teils anderen Seimen überwiesen, teils in Lehrstellen untergebracht.

Göschwitz. Auto rammt einen Radfahrer. Am Dienstag fuhr auf der Straße von Gröben nach Göschwitz ein Privatauto eines Radfahrers an. Dieser stürzte und zog sich schwere Verletzungen zu. Der Chauffeur nahm den Verletzten sofort in seinem Auto nach dem Krankenhaus.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, **Bibelstunde** in der Propstei Propst Vertram, Merzig.

Freitag, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Herrn Gersbed, Nebennummer, **Bibelstunde.** Hierzu ladet herzlich ein Pfarrer Ahmus.



Billiger - gründlicher - wirtschaftlicher

besorgen Sie alle Putz- und Scheuerarbeiten mit Henkel's Ata. Wie weggeblasen ist der Schmutz, wenn Sie etwas Ata auf einen feuchten Lappen streuen und damit die Sachen, sei es Holz, Glas, Stein usw., putzen. Die sparsame Streufasche reicht lange und kostet nur 20 Pfennig. Lassen Sie sich noch heute Ata mitbringen!



putzt und scheuert alles

Hergestellt in den weltbekanntesten Persilwerken.

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Schützenhaus

Sonntag abend, punkt halb 9 Uhr
Das große Doppelprogramm

Wogen der Leidenschaft

nach der berühmten Novelle „Die Reise nach Tilsit“ von Hermann Sudermann
Gewaltiges, packendes Drama — Der Meisterregisseur F. W. Murnau ließ unter seinem
Dirigentenstab ein Werk entstehen, das verdient, gesehen zu werden.

Tom Mix der König der Cowboys, der Liebling aller Völker in seinem
neuesten Film **Das Prärie-Hotel**
eine tolle Geschichte voller Spannung

Sonnabend — Stimmung wie immer! — **Mit Damen!** —



Dr. Thompson's Seifenpulver-Mark Schwan

Das Gebot der Stunde

ist der Besuch der großen **Aufführungsveranstaltung** verbunden
mit der Vorführung des prächtigen Films

Freie Fahrt

4 Akte, 1500 Meter

Ein Film vom werdenden Menschenrecht

Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr

im Gasthof „Goldene Weintraube“
Männer und Frauen! Um Euer und Eurer Kinder Schicksal geht es!

Kommt alle in die Veranstaltung und holt Euch Aufführung!
Eintritt frei
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Kemberg

Küchenfanten

empfeht in reicher Auswahl
Richard Arnold

Ein Posten

fertige Kleider

aus guten Wolstoffen

zu
bedeutend herabgesetzten Preisen.

August Schulze, Kemberg

Zwangungsversteigerung

Am **Donnerstag**, den 10. April
1930, nachmittags 3 Uhr, versteigere
ich in Kemberg (Hotel Blauer Hecht)
1 Nähmaschine, 1 kleiner, 1 gr.
Vieh-Transportwagen, 1 Braut-
wagen, 1 Schimmelwallach, 1
Fußwallach, 1 Kastenwagen, 1
Ladentisch m. Glasaufsatz, 1 Posten
Möbel, 1 Motorrad (Alba), 1
Herrenfahrad (Diamant), 12
Schallplatten, 1 Schreibtiisch, 1
Posten Fahrradverzierteile und Zu-
behör

Schulz, Gerichtsvollzieher tr. A.

Runkelrübenkerne

(Eckendorfer erste Abfaat.)

Roiklee, Luzerne,

Seradella, Peluschen,

Saaterbsen, Saatwicke,

Lobbericher Möhrensaat

Weißerübensamen

Riesen-Knieling

Saatmais, Grassamen

Steckzwiebeln

und alle Sorten

Gemüse- u. Blumentümelereien

empfeht **Rudolf Huhn**

D=Rad

Zwei-Zylinder, mit Vorschlicht, in
einwandfreier Verfassung
preiswert zu verkaufen

Burgstraße 8

Kinderliebes

Mädchen

nicht unter 16 Jahren zum
sofortigen Antritt gesucht.
Keimling, Burgstr. 35

Gniest

Sonntag, den 13. April, von

nachmittag 2 Uhr ab

Preis=Stat.

Jeder Mitspieler erhält eine **Brat-
wurst gratis.** Es ladet freundl.
ein **G. Welter**

M.-T.-V.

Morgen Donnerstag, den
10. April, abends 1/2 9 Uhr
im Ratskeller

Berammlung

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zur
Konfirmation unseres Sohnes
Erich sagen wir unseren
herzlichen Dank.

Richard Grunicke u. Frau

Ateritz.

Wichtig für jede Dame!

Ausstellung Vorführung Vortrag



Ohne Thalyfia-System

Frauen Glück

und

Frauenleid

Aufklärungen über die Wiederher-
stellung der normalschönen Figur
und über Vorbeugung gegen
Figurichädigung



Mit Thalyfia-System

Donnerstag, den 10. April 1930, nachmittags 1/2 4 Uhr
und abends 1/2 8 Uhr im Hotel **Blauer Hecht**
Aufklärende Druckfachen mit Abbildungen kostenfrei im Vortrag oder
direkt durch

Thalyfia-Werk, Leipzig S 67

Gebrauchter Ofen

und
2 Bettstellen mit Matratze
zu verkaufen **Söpferstraße 15**

Gutes

Steinmetz-Brot

ist nur zu haben bei
Karl Preußer, Rotta

Haarausfall!

Haarkrankheiten, Schuppen werden
verhütet, dünnes Haar wird voller
durch regelmäßigen Gebrauch von
Arumbachs weltberühmter
Haarintur.

Seit 39 Jahren tausendfach bewährt
Verzucht empfohlen, gel. geschützt
Preis 3.— Zu haben im
Scheurgeschäft **Walter Morawich**

Achtung Neue Sendung

Hering in Gelee 2 Pfd.-Dose 80 Pf.
Kronkardinen " 80 Pf.
Bismarckheringe " 80 Pf.
Breatheringe " 80 Pf.
Hollmöps " 80 Pf.

Feische Zettblättlinge und Sprotten Spinat, Salat, Salatgurken Steckzwiebeln

Pfund 15 Pfennig

Otto Duinque, Kreuzstr. 15

Empfehle zum Frühjahr mein reich-
haltiges

Stiefellager

aus la. Rindleder

wie

Lang-, Schaft- und 3/4-Stiefeln,
Schnür- und Sport-Tourenstiefeln

Otto Baasch, Leipziger Straße 34

Bonbonieren

von Kant und Most

Schokoladen-Hafen und -Eier

Trinteier, Pasteteier, Marzipan-Hafen

und -Eier, Trüffelcier

Papp-Ostereier und -Hafen

mit und ohne Füllung in reicher Auswahl bei

Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65

Die kommende Feuerschutz-Woche!

30000 Feuerwehren im Dienste der Aufklärungsarbeit!



Jährlich verlieren durch Brände 1400 Deutsche ihr Leben! Fast 500 Millionen RM werden an Sachwerten vernichtet! 1/4 aller Brände entstehen durch Unachtsamkeit, Unkenntnis und Fahrlässigkeit.

Es sind unerlässliche Verluste an menschlicher Arbeitskraft und an Volkseinkommen, die sich in diesen erschreckenden Zahlen offenbaren! Die ohnehin schon so schwer kämpfende deutsche Wirtschaft kann unmöglich eine derart starke Belastung ertragen.

Aus der Tatsache, daß der größte Teil aller Feuerschäden vermeidbar wäre, ergeben sich für die Zukunft die Mittel und Wege zu ihrer erfolgreichen Bekämpfung.

Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß es nunmehr gelungen ist, durch die Veranstaltung einer offiziellen Feuerschutz-Woche in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 in großartiger und durchgreifender Weise auf Wichtigkeit und Wesen der Feuerverhütung hinzuwirken. Die offizielle Aufklärungsbroschüre „Feuerschutz! Das Büchlein für alle“ zeigt einfach, klar und dennoch umfänglich, was jeder einzelne über die Feuerverhütung und Bekämpfung

wissen muß. Ihre weiteste Verbreitung liegt im Interesse des Volksganzen.

Jeder an seinem Orte, der Berufstätige, der Städter und der Landmann, der Hausvater und jeder Familienangehörige muß so als zuverlässiges Glied einer großen menschlichen Gemeinschaft erproben werden, alle (soweit durch den Willen, im gemeinsamen Kampfe dieser Gefahren Herr zu werden. Doch dazu ist unermüdbare Aufmerksamkeit nötig. Dieser hohen Aufgabe dient die kommende Feuerschutz-Woche. Hesse jeder, ihr einen nachhaltigen Erfolg zu verschaffen!

An die Väter, Mütter und Erzieher.

13 Brände durchschnittlich entstehen täglich in Deutschland durch unvorsichtige und leichtsinnige Kinder, und der jährliche Sachschaden, der allein in Betracht mit, beträgt etwa 40 bis 50 Millionen Mark Eltern, denkt stets an diese Zahlen! Denkt daran, welches Unglück durch das leichtsinnige Spiel oder die Unbeholfenheit der Kinder über Euch hereinbrechen kann!



Die Eltern handeln unverantwortlich, die ihre Kinder nicht strafen, wenn sie fe beim heimlichen „Spielen“ mit Feuer ertappen. Natürlich soll nur das Spielen mit Feuer verboten werden, nicht aber der vernünftige Umgang mit ihm.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß dem Kinde die Gefahr des Feuers und aller feuergefährlichen Dinge bewußt wird, sobald es selbständig zu denken beginnt.

Wäßt es sich nicht vermeiden, daß die Kleinen während der Ernte oder der Arbeit der Eltern allein oder unter der Aufsicht anderer Kinder bleiben, dann soll man alles feuergefährliche aus dem Weg räumen, alle die Betten und Spielfühle nicht dicht an den Herd rücken, aus dem Feuertank und glimmende Kohlestübe herausfallen können, soll die Streichhölzer verschließen und soll gute Nachbarn wenigstens von Zeit zu Zeit nach den Kindern schauen lassen.



Feuerschutz in Gewerbe und Landwirtschaft.

Das oberste Gesetz und die letzte Vorbereitung gegen Brände für jeden in einem gewerblichen Betrieb Beschäftigten ist genaue Beachtung der von seiner Berufsorganisation erhaltenen Unfallverhütungs-Vorschriften. Darin sind zahlreiche Vorschriften zur Brandverhütung und über das richtige Verhalten bei Bränden enthalten.

Weiter, Angestellte und Arbeiter, die erfahrenen Leute wie die Heuente, müssen die sorglich auf Grund langjähriger Erfahrungen durchgearbeiteten Sondervorschriften aufs peinlichste beachten. Immer wieder ist's das leichtsinnig angezündete Streichholz, der achtlos fortgeworfene Zigarettenstummel, die herumliegende fettsie, zur Selbstentzündung neigende Baumwolle, irgendeine andere leicht vermeidbare, geradezu verwerfliche Unachtsamkeit oder Nachlässigkeit, die zur Verursachung von Bränden wird.

Das gilt ganz besonders auch für die Landwirtschaft. Wegen vielfältige Feuergefahren muß sich der Landwirt schützen! Es ist ja bekannt, wie leicht felches oder feucht gemordenes Gras und Heu zur Selbstentzündung neigt, febermann weiß auch, mit welcher unfaßbaren Geschwindigkeit das Feuer sich durch Stroh, Häfelf oder Getreide ausbreitet.

Die sorgsame Pflege und dauernde Ueberwachung aller elektrischen Anlagen und Maschinen, die besonders vorsichtige Behandlung von Verbrennungsmotoren und feuergefährlichen Stoffen ist das dringende Gebot für jeden Landwirt! Ebenso ist es von größter Bedeutung, sich gegen Blitzegefahr durch die Errichtung vorrichtsmäßiger Schutzanlagen zu sichern. Man denke stets daran, daß gerade auf dem Lande, das nicht über die Feuerbekämpfungsmittel nach Art der Großstadt verfügt, die Feuerverhütung oberste Pflicht ist!



Keine Schwärze ein achtlos fortgeworfenes Zigarettenstummel! Vorsicht! Vorsicht!

Wir fordern zur Mitarbeit auf!

Helft Feuer verhüten!

Feuerschutz-Woche
vom 27. April bis 4. Mai 1930
Veranstaltet von der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehroorgane

3 Dinge sind nötig:
Anstellung des Volkes zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Feuerverhütung; Aufklärung und Belehrung über die Feuergefahren und deren Verhütung; Praktische Mitarbeit jedes einzelnen.

Welchen Erfolg die Bearbeitung der Feuerschutz-Woche haben wird, hängt einzig und allein von der Mitwirkung der Allgemeinheit ab, die an Hand der anschaulich gehaltenen offiziellen Aufklärungsbroschüre „Feuerschutz! Das Büchlein für alle“ wirksamer als alle Feuerwehren die verheerenden Katastrophen des roten Clementis verhindern kann.

„Feuerschutz! Das Büchlein für alle“, die von der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehroorgane zur Feuerschutz-Woche herausgegebene offizielle Aufklärungsbroschüre, ist das Aufklärungsmittel, das anlässlich der Feuerschutz-Woche möglichst in die Hand eines jeden Deutschen gelangen sollte. In dieser Broschüre ist all das gesagt, was jeder einzelne über die Feuergefahren und die Wege zu ihrer Verhütung wissen und beherzigen muß. Die Möglichkeiten der Feuerverhütung im Heim und im öffentlichen Leben, in Schule und Beruf, in Stadt und Land, bei der Arbeit und bei der Erholung und in sonstigen Lebenslagen, das richtige Verhalten beim Ausbruch von Bränden, die erste Hilfe, Einbildung in die aufopfernde Arbeit der Feuerweh, das alles und noch vieles andere sind Dinge, die erzählt werden. Die Broschüre hat 64 Seiten Inhalt, ein mehrfarbiges, wirkungsvolles Titelbild und über 40 Abbildungen.

Die Feuerschutz-Woche wird schon durch die Verbreitung dieser offiziellen Aufklärungsbroschüre an alle Kreise der Bevölkerung wesentliche Erfolge für die Feuerverhütung und Feuerbekämpfung zeitigen. Helft Feuer verhüten!

Feuerverhütung!

Das Büchlein für alle

Magdeburger Pferde- u. Auto-Lotterie Einzellos 50 Pf. Doppeltlos 1,- M. empfiehlt Richard Arnob

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. ersichtlichster Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die gespaltene Kellamezeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird besonderer Preis übernommen. / Beleggebühren: 10—20 M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 42

Donnerstag, den 10. April 1930

32. Jahrg.

Sonnabend, den 12. April.

Krammarkt.

Der vorgesehene Schweinemarkt muß infolge der Viehseuchengefahr (Maul- und Klauenseuche in Klippfelsen) ausfallen. Der Vertrieb von Vieh ist verboten. Kemberg, den 8. April 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- * Durch die Ablehnung der Steueranträge der Reichsregierung im Steuerzuschuß des Reichstages ist die Reichstagsauflösung wieder einmal in bedrohliche Nähe gerückt.
- * Im Reichstag wurde in der dritten Beratung das Gesetz betreffend die in der ursprünglichen Fassung mit unbedeutenden Änderungen angenommen.
- * Die Erregung über die Verschleppungstatistik der Franzosen bei den Sarreverhandlungen in Paris in Verbindung mit einer Anzahl der Provinzialen im Sarregebiete selbst hat dort erneut heftige Erregung hervorgerufen.
- * Im karambischen Senat ist der frühere Ministerpräsident und Finanzminister Caillois für eine harte Sentenz der Steuern im Interesse der Allgemeinheit eingetreten.
- * Im Statensauschuß des Preussischen Landtages, wo augenblicklich über die teuren Gutslöse der Stadt Berlin verhandelt wird, ist auch Oberbürgermeister Wolf als Zeuge genommen worden.

Entdeuschung in Polen.

Eine traurige Bilanz.

In den von Deutschland infolge des Versailler Friedensvertrages an Polen abgetretenen Gebieteilen Westpreußens und Polens wohnen nach dem Krieg etwa 1 200 000 Deutsche. Gegenwärtig sind es nur noch 350 000. Dem Verlust von mehr als 800 000 Personen, die überwiegend nach Deutschland zurückgewandert sind, steht ein Verlust an landwirtschaftlichem Grundbesitz von etwa 500 000 Hektar zur Seite. Die Abwanderung eines derartig beträchtlichen Bevölkerungsteiles von reichem wirtschaftlichen und sozialen Gehalte war bisher in hochzivilisierten Ländern in solch kurzem Zeitraum nicht beobachtet worden. So erhebt sich die Frage nach den Ursachen der so schnellen und gründlichen Entdeuschung eines Gebietes, das in sechshundertjähriger Geschichte zwar mannigfache Leiden in der deutschen Besiedlung, niemals aber eine derartige Krise in dem Bestande des immer beträchtlichen deutschen Anteils an der Bevölkerung aufwies.

Man glaubte darauf hinweisen zu sollen, daß eben diese vermeintlich geringe Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung ein Zeichen ihres künftigen Charakters, ihrer geringen Bodenständigkeit und Verwurzelung mit dem Lande sei. Man wies auf das deutsche Beamten-tum hin und glaubte die Abwanderungsbewegung damit erklärt, daß eine Bevölkerung, die so stark von der alten Regierung abhängig gewesen sei, im neuen Staat Existenzmöglichkeit und Berechtigung verlore habe.

Es läßt sich solchen Gedankengängen gegenüber nachweisen, daß es in einer Reihe von Fällen gerade Mitglieder von Familien jahrhundertelanger Verbundenheit mit dem Lande gewesen sind, die der Entdeuschung erlagen. Es kann demnach hingewiesen werden, daß nach der amtlichen Berufsstatistik von 1907 der deutsche Bevölkerungsteil mit Beamtencharakter einschließlich von Angehörigen und Bediensteten etwa ein Zehntel des anfänglichen Deutschstums bildete, für das gesamte Deutschstum keineswegs von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch immerhin ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung. Dasselbe läßt sich von der anfänglichen Auswanderung der preussischen An siedlungsstätigkeit auf die nationale Zusammenlegung der Bevölkerung sagen. Man mag die Abwanderung des größten Teiles des Beamtendeutschstums mit dem Staatssozialismus notwendig erachten, was man bezweifeln könnte, wenn man sich etwa der Angliederung polnischer Gebiete erinnert, so findet mit dem Verlust von etwa 120 000—150 000 Deutschen, nur ein Bruchteil des gesamten Entdeuschungsvorgangs, seine ausreichende Erklärung. Einer nahezu völligen Beilegung der deutschen Beamten standen zudem Zusicherungen der staatlichen Leiter Polens, wie sie 1919 gegeben wurden, entgegen, und es muß zweifelhaft bleiben, ob eine solche notwendig, gerecht und dem Interesse des Staates förderlich war, auch wenn man zugeben will, daß die im engeren Sinne politisch wichtigen Beamtenstellen mit dem Staatssozialismuswechsel durch Polen zu besetzen waren. Eine Abwanderung politisch durch frühere Tätig-keit gegen das neue Staatssozial besetzter Beamtenstellen, die unter den verändernden Verhältnissen keine Lebensmöglichkeit hätten finden können, hat in namhaftem

Umfange nicht stattgefunden. Einzelne Fälle solcher Art können keinen Anlaß geben, eine besondere Gruppe von Abwandernden anzunehmen. Vielmehr wird sich die Zahl der Beamten dadurch verringern, daß eine Reihe von vorwiegend mittleren und unteren Beamten aus den abgetretenen Gebieten kammen, die mit Beherrschung der neuen Staatsprache und dem vertragsmäßigen Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit keine Veranlassung haben konnten, abzuwandern. Insbesondere gilt dies von Beamten der Eisenbahn, der Post und des Gerichts. Die für das Beamtendeutschstum angenommene Ziffer darf somit als eine Höchstzahl angesehen werden.

Für die Verdrängung Deutscher gibt es nur einen zureichenden Grund: sie ist ausschließlich den politischen Entdeuschungsmaßnahmen der politischen Behörden und Parteien zur Last zu legen. Wenn diese Entdeuschung jede natürliche Auswirkung des Staatsoberstumswechsels weit hinter sich ließ, so ist es die Folge einer ein Jahrzehnt hindurch verolaten Aisemumt und auch festgehaltenen Politik Polens, die sich die völlige Vereinerung seiner Westgebiete von der deutschen Bevölkerung zur Aufgabe stellte und damit in den offenkundigen Gegen-satz zu den Sicherungen und Bindungen des Versailler Friedensvertrages trat, der mit Rücksicht auf das weit über die Grenzen des politischen ethnographischen Siebungsraumes zugewiesene Staatsgebiet dem neuen Staat die Verpflichtung gedroht und toleranter Behandlung der Minderheit auferlegte.

Niemals hätte das Deutschum der abgetretenen Gebiete einen solchen Verlust erlitten, hätte nicht der auf allen Lebensgebieten tonzentriert wirkende polnische Druck, das Enten der „erprobten Hausmittel“, wie ein polnischer Politiker ihn nennt, des „verwaltungsmäßigen Kampfes“, wie ihn ein hoher polnischer Beamter charakterisiert, unangekündigt auf ihm geleitet. Einwänden gegenüber, daß es sich bei dem politischen Druck auf das Deutschum lediglich um Verweigerung örtlicher Gewalt-tätigkeit oder das erlittene polnischen Volkes handelte, lassen sich die einzelnen politischen Maßnahmen zur Verdrängung des Deutschstums als die planmäßigen

außergewöhnliche Erhöhung der Umsatzsteuer sei äußerst gefährlich. Auch die Erhöhung der Einkommensteuer lehnte der Minister ab. Er erklärte dann, er könne die Garantie beifügen, daß in den nächsten Monaten keine Kassen-schwierigkeiten mehr auftreten würden, falls ihm die neuen Steuern in Höhe von 300 Millionen Mark bewilligt würden. Er werde keine Minute länger im Amte bleiben, wenn man ihm das Wort der Sanierung und der Entlastung unmöglich mache.

Eine Nichtbewilligung der neuen Steuern unterbinde gleichzeitig die Hilfe für die Landwirtschaft und für den Osten. Die Regierung werde an den Reichstag appellieren und sei fest entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um ihren Willen durchzusetzen, falls durch parteipolitische Voreingenommenheit keine Einigung erzielt werden könne.

Im Reichstage:

Entscheidung über die Finanzfrage.

— Berlin, 8. April. Die Tagesordnung für die Reichstagsauflösung, auf der zunächst nur das Schanzflächengesetz stand, ist jetzt dahin ergänzt worden.

Daß auch die erste Beratung der Gehelentwürfe zur Vorbereitung der Finanzreform und zur Lebergangsregelung des Finanzausgleichs erledigt werden sollen.

Der Gehelentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform ist dem Reichstag bereits zugegangen. Entsprechend den Anforderungen des Finanzministers ist die Vorlage in der ursprünglichen Fassung gehalten, sieht also bei der Arbeitslosenversicherung auch eine Beitragserhöhung bis zu vier Prozent vor. Das Kompromiß der letzten Regierungsgar-tung, nämlich eine Beitragserhöhung zunächst nicht statt-zufinden, muß erst durch Anträge in die Vorlage aufgenommen werden. Weiter enthält die Vorlage die Bestimmungen über die Steuerentlastungen und Ausgaben-entparnisse.

Keine Mehrheit im Steuerauschuß.

Die Regierungsanträge abgelehnt.

— Berlin, 9. April. Im Steuerauschuß des Reichstages wurde die Novelle zur Tabaksteuer in der Gesamtabstimmung abgelehnt, da nur die Regierungsparteien dafür eintraten. In der vorangegangenen Einzelberatung war der deutschnationaler Antrag, die Verwaltungsabgabe für die Tabakfabrikantler Kalk auf 1 Prozent nur auf 0,5 Prozent zu bemessen, angenommen worden. Die Novelle zur Zuckersteuer wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der Auschuß beauftragte sich dann mit der Wieder-einstufung der Mineralwassersteuer, deren Ertrag den Gemeinden zulassen soll.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bezeichnete die Belohnung als weit übertrieben. Der geringe Steuerertrag werde niemanden hindern, Mineralwasser zu genießen, für die Gemeinden bedeute die Zuweisung aus dieser Steuer aber eine dringende notwendige Erleichterung. Schon jetzt sei durch die Ausschlußschlüsse für Tabaksteuer und auf Freilassung des Petroleum ein Aus-fall von 27 Millionen an dem ursprünglich errechneten Gesamt-ertrag entfallen. Deshalb könne auf die Mineralwassersteuer nicht verzichtet werden.

Nach längerer Aussprache wurde die Mineralwassersteuer vom Auschuß mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann gab

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

den angeforderten Leberkl über die Kassenlage des Reiches. Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März errechneten Fehlbetrag von 220 Millionen Defizitsumme in Höhe von 267 Millionen gegenüberständen, lo daß Ende März noch ein verfügbarer Bestand bei dem Betriebsbudget von 45 Millionen vorhanden war. Nach Neuaufstellung werde Ende Dezember ein Fehlbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sein.

Der Schwerpunkt der Bilanz liege im Monat Mai, in dem ein Fehlbetrag von 228 Millionen eintrete, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Reserven vorhanden sind dem April vorhanden sein würden.

Der Minister betonte zum Schluß, daß die Bilanz unter der Annahme aufgestellt sei, daß die Einnahmen aus den neuen Steuererlassen spätestens Anfang Mai zu fließen beginnen, und zwar auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Die Beilegung des Streits Reich-Thüringen

— Berlin, 9. April. Die thüringische Regierung hat in dem Wunsch, daß der Streit zwischen dem Reich und Thüringen beigelegt werde, sich mit dem Reichsminister und dem Reichsminister des Innern in Verbindung gesetzt. Der Vorliegende des thüringischen Staatsministers, Staatsminister Baum, wird in den nächsten Tagen persönlich die Aussprache mit dem Reichsminister des Innern beginnen.



Umte dafür gefordert werden müsse, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung nicht wie bisher alle Berechnungen über den Haufen wirfen, da sonst an eine Finanzsanierung nicht zu denken sei.

Nach seiner Ansicht, die auch die des gegenwärtigen Reichsarbeitsministers Dr. Siegelward sei, weise die Arbeitslosenversicherung viele konstruktionsfehler auf.

Man müsse sie einmal genau unter die Lupe nehmen, nicht um sie abzubauen, sondern um sie auch einmal zu rationalisieren. Noch im Laufe des Sommers müsse ernstlich an diese Frage herangegangen werden. — Weiterhin ging der Minister auf

die Deckung des Fehlbetrages

von 300 Millionen ein, die lo erfolgen müsse, daß die vor-geschlagenen Steuern keine unentbehrlichen Lebensbedin-gnisse treffen. Ohne Erhöhung der Wertsteuer sei eine Deckung des Fehlbetrages nicht denkbar. Die sonst nötig werdende